

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Fatale Szenarien

Schenkt man den derzeit allgegenwärtigen Hiobs-Botschaften und Horror-Meldungen Glauben, so steht Deutschland vor der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Dafür sorgt der historisch einzigartige Mix aus politischen und wirtschaftlichen Problemen, die sich gegenseitig potenzieren und verschärfen. Neben Ukraine-Krieg, Pandemie, Mega-Inflation, Lieferkettenstörungen und Konjunkturreinbruch werfen explodierende Energiepreise und Zweifel an der Versorgungssicherheit immer längere Schatten. Das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute stellt fest, dass der Wohlstandsverlust durch den Abfluss von Einkommen infolge der höheren Energiepreise längerfristig Bestand haben werde. Sollte es zu einem Risikoszenario kommen, das eine Gasmangellage, einen kalten Winter und fehlende Energieeinsparungen umfasst, so halten die Wirtschaftsweisen für 2023 einen Konjunkturabsturz um 7,9 % für möglich. Die Inflation in Deutschland ist im September mit 10 % auf den höchsten Stand seit 1951 gestiegen. Sie entsprach damit exakt dem Durchschnittswert in der Euro-Zone. Stärkste Treiber waren die Energiepreise, die sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 40,8 % verteuert haben.

Im Allzeittief

Unter diesen Entwicklungen leidet vor allem die mittelständische Wirtschaft. Der DIHK merkt an: „Rekordinflationsraten, insbesondere die explodierenden Energiepreise, treffen viele Unternehmen ins Mark. Produktionsstopps, Wertschöpfungsverluste, die Ver-

lagerung von Produktion ins Ausland bis zu Betriebsschließungen sind die Folgen. Alle Kraftwerke, die Energie liefern können, müssen ans Netz und bis zum Ende der Energiekrise am Markt bleiben.“ Einer Befragung des Verbands der Familienunternehmer zufolge bezeichnen schon 42 % der Betriebe ihre Situation als „existenzbedrohend“. Der Kostenanstieg habe im September im Vergleich zum Vorjahresmonat bei Strom 173 % und bei Gas 224 % ausgemacht. 48 % der Unternehmen planen Produktionsdrosselungen, Verlagerungen ins Ausland oder temporäre bzw. dauerhafte Produktionseinstellungen. Die Stimmung der kleinen und mittleren Unternehmen nähert sich nach dem von der Förderbank KfW und dem ifo-Institut veröffentlichten Mittelstandsbarometer einem Allzeittief. Deutschland sei auf Rezessionskurs eingeschwenkt. Woher der Wind weht, zeigt die Tatsache, dass die Zahl der Firmeninsolvenzen im September – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 34 % gestiegen ist. Auch die Bundesregierung scheint die Zeichen an der Wand allmählich zur Kenntnis zu nehmen. Der Wirtschaftsminister hat erklärt: „Wir erleben derzeit eine schwere Energiekrise, die sich immer mehr zu einer Wirtschafts- und Sozialkrise auswächst.“ Höchste Zeit, dass den Worten endlich (angemessene) Taten folgen.

„Sorgenkind der Weltwirtschaft“

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine globale Wachstumsvorhersage für 2023 auf jetzt 2,7 % gesenkt. Im Euroraum werde das BIP nur noch um 0,5 %

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

zulegen. Für Deutschland prognostiziert der IWF sogar ein Minus von 0,3 %. Die Dramatik dieser Zahlen offenbart sich im Kontext mit den Geldentwertungserwartungen, die in den Industriestaaten im laufenden Jahr 7,2 % erreichen sollen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben 2022 9,9 % Inflation zu verkraften. Die in den USA eingeleitete Zinswende könne eine Schuldenkrise in der Dritten und Vierten Welt sowie eine weltweite Rezession auslösen. Angesichts der zahlreichen Unwägbarkeiten hält der Währungsfonds seine eigenen Prognosen für „außerordentlich unsicher“. Sicher ist sich der IWF-Chefvolkswirt nur in seiner Ankündigung: „Das Schlimmste kommt noch.“ Die seit Jahren abnehmende Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland erweist sich als zentrale Gefährdung der Zukunftsfähigkeit. In der neuesten Konjunkturprognose der Industriestaatenorganisation OECD wird die Bundesrepublik für 2023 neben Russland als einziges der 20 Länder mit einem BIP-Rückgang geführt. Während der Euroraum insgesamt um 0,3 % wachse, soll die deutsche Wirtschaftsleistung um 0,7 % schrumpfen. Damit wird die IWF-Prognose von minus 0,3 % deutlich übertroffen. Die deutschen Forschungsinstitute kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Danach werde im nächsten Jahr nur die deutsche Wirtschaft neben der italienischen rückläufig sein. Dagegen sehen die Institute

Länder wie Frankreich, Portugal und Griechenland trotz der Gas-krise auf Wachstumskurs. Das „manager magazin“ bezeichnet Deutschland als das „neue Sorgenkind der Weltwirtschaft“. Ulf Poschardt, Chefredakteur der seit einiger Zeit erfrischend kritischen Tageszeitung „Welt“, bringt seine Sicht so auf den Punkt: „Die Wirtschaftsprognosen für Deutschland sind so trübe wie für fast kein anderes Land. Doch weder Ampel noch Opposition ziehen daraus richtige Konsequenzen, manche Grüne verschreiben sich regelrecht der Deindustrialisierung. Dabei liegt auf der Hand, was das Land jetzt braucht.“ Was das Land keinesfalls braucht, ist das schlafwandlerische Tempo der politischen Entscheidungsprozesse. Auch hier scheint sich Deutschland an eine europäische Schlusslicht-Position gewöhnt zu haben.

Jeanne d'Arc

Völlig überraschend hat sich die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg für den Weiterbetrieb der verbliebenen deutschen Atomkraftwerke ausgesprochen. Sie glaube, dass es aktuell schlechter sei, bestehende Atomkraftwerke zu stoppen, wenn Kohle die Alternative sei. Mit dieser Erklärung dürfte die Jeanne d'Arc der Klimabewegung ihre Anhängerschaft von „Fridays for Future“ in veritable Gewissens- und Loyalitätskonflikte stürzen. Realitätsverweigerung löst keine Probleme.